

**327. Kolloquium (NF 35)
der Hessisch-Mittelrheinischen Sektion
des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte
Justus-Liebig-Universität Gießen
13. Februar 2026**

Abstracts der Vorträge

Dr. Jelle Wassenaar (Erlangen)

Stadtbewohner und die Politik des Eigentums in Nordwesteuropa, c.850–c.1050

Ausgangspunkt dieses Vortrags ist Lamperts von Hersfeld berühmter Bericht über einen Aufstand der Kölner Bürger gegen ihren Bischof im Jahr 1074, in dessen Mittelpunkt die Behandlung des Besitzes eines Bürgers durch den Bischof stand: Lampert bezeugt, dass der Versuch des Bischofs, das Schiff eines reichen Kaufmanns zu beschlagnahmen, der unmittelbare Auslöser für den Aufstand war. Zusammen mit zwei weiteren Aufständen in den 1070er Jahren wird die Erhebung der Kölner traditionell als entscheidender Ausgangspunkt für die längere Entwicklung der städtischen Kommunen in Nordwesteuropa angesehen. Sie dient jedoch auch als Trennlinie, die den Beginn einer Entwicklung markiert, in deren Verlauf die Stadtbewohner Nordwesteuropas nach langer Abwesenheit wieder politisch aktiv wurden. Es wird nämlich schon seit langem angenommen, dass städtische Gemeinschaften in Nordwesteuropa vor dem späten 11. Jahrhundert keine einheitliche Identität hatten und noch am Rande der politischen Kultur standen.

Der Vortrag hinterfragt diese Sichtweise, indem er die Rolle von Besitz bei der politischen Aktivierung von städtischen Gemeinschaften in Nordwesteuropa verfolgt. Er zeichnet eine Entwicklung in drei Phasen nach. Zunächst wurden die Stadtbewohner in der späten Karolingerzeit im 9. Jahrhundert zunehmend als Gruppen verstanden, deren Besitz von fränkischen Herrschern und Nordmännern geraubt und geplündert wurde. Besonders bemerkenswert ist das Konzil von Meaux-Paris im Jahr 845/46, als die Bischöfe des Westfrankenreichs König Karl ermahnten, weil er die Stadtbewohner seines Königreichs ausplünderte, wenn er mit seinem Gefolge die Städte besuchte. Im Laufe des 10. Jahrhunderts tauchen dann in der fränkischen Geschichtsschreibung immer häufiger Beschreibungen von Stadtbewohnern auf, die ihren Besitz verteidigen oder sogar vermehren. Eine dritte Phase wird um das Jahr 1000 sichtbar. Zu dieser Zeit gewann die Beziehung zwischen dem Bischof und dem Besitz der Stadtbewohner zunehmend an politischer Bedeutung. Einerseits versuchten die Bischöfe, sich gegenüber weltlichen Gegnern innerhalb der Stadt als Beschützer des Besitzes der Bürger zu profilieren. Andererseits begannen die Bischöfe selbst, das Bild des Bischofs als jemanden, der den Besitz der Bürger geraubt hatte, zu nutzen, um ihre Amtsbrüder zu ermahnen. Bereits im 9. Jahrhundert hatten Bischöfe den König erstmals wegen des Raubs der Habe der Stadtbewohner ermahnt. Im 10. Jahrhundert erhoben Bischöfe dann ähnliche Anschuldigungen gegen Mitbischöfe und weltliche Rivalen als „Räuber“ des Besitzes der Stadtbewohner.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die These formulieren, dass die Kölner, als sie sich 1074 gegen ihren Bischof wegen dessen Umgangs mit ihrem Besitz auflehnten, auf dieser längerfristigen Politisierung städtischen Eigentums aufbauten. Mit ihrer Selbstdarstellung als Schutzherren trugen die Bischöfe zur Entstehung einer politischen Kultur bei, in der die legitime Herrschaft über eine Stadt zunehmend daran gemessen wurde, wie mit den Besitztümern der Stadtbewohner umgegangen wurde. Das „Neue“ an der Rebellion der Einwohner Kölns war somit, dass nun nicht mehr die Bischöfe, sondern die Stadtbewohner selbst städtisches Eigentum als politisches Argument instrumentalisieren.

PD Dr. Anja Rathmann Lutz (Basel / Oldenburg)

Wissen sammeln, organisieren und verlieren (12./13. Jahrhundert)

Im ersten Teil stellte der Vortrag das Projekt „Verlustgeschichten“ vor, das zur Zeit gemeinschaftlich mit C. Mauntel und weiteren Kolleg:innen entwickelt wird. Ein Ausgangspunkt ist eine Gegenwartsanalyse, die Verlusterfahrung(en) als allgegenwärtiges (post)modernes Phänomen begreift. Verlust ist demnach mehr als einfach nur das Verschwinden von Phänomenen, Dingen oder Gewissheiten – Verlust ist ein Verschwinden, das bemerkt und (zumeist negativ) bewertet wird und damit oft auch emotional wirksam ist. Verlusterfahrungen lassen sich somit klar von ‚Vergessen‘ abgrenzen, weil das Ver(loreng)angene als Verlust in der Gegenwart wirksam bleibt und potentiell relevant für die Zukunft ist. Wir gehen davon aus, dass Verlust nicht nur ein „Grundproblem der Moderne“ (Reckwitz 2024) ist, sondern dass wir ‚Verluste, Verlieren, Verloren gehen‘ als menschliche Grunderfahrungen zu betrachten haben, die historischem Wandel unterworfen sind, den es zu analysieren gilt. Dazu nehmen wir drei Aspekte in den Blick, die eng miteinander verwoben sind: erstens werden konkrete, materielle Verluste und ihre Auswirkungen untersucht, die retrospektiv konstatiert werden. Zweitens nehmen wir zeitgenössische Diskurse über Verlusterfahrungen, Verlieren und Verlorengehen in den Blick. Drittens adressieren wir – auf einer übergeordneten Ebene – historiographiegeschichtliche Probleme, d. h., wir nehmen Verluste in den Blick, die wir Wissenschaftler:innen durch Selektion, Kanonbildung und *bias* bewusst oder unbewusst produzieren.

Diesen Ansatz illustrierte der Vortrag an zwei Beispielen: der Ebstorfer Weltkarte mit ihren verschiedenen (nach)mittelalterlichen materiellen Verlusten und den Rekonstruktionen der jüngeren Vergangenheit sowie der Geschichte des Verlustes einer Reliquie, dem Nagel von St.-Denis, der zu einer intensiven zeitgenössischen Auseinandersetzung mit dem verlorenen Gegenstand und der Verhinderung eines weiteren Verlustes führte. Um der Gefahr zu begegnen, dass im Laufe der Beschäftigung mit dem Thema fast alles zu ‚Verlust‘ wird, arbeitet das Projekt an Abgrenzungen zu anderen Phänomenen, wie Scheitern, Niederlage, Vergessen, u.v.m. In einem zweiten Teil zeigte der Vortrag am Beispiel von Wissenskompilationen/Enzyklopädiën des Hochmittelalters, wie das Konzept der Verlustgeschichten für diese Gattung fruchtbar gemacht werden kann. Enzyklopädisch konzipierten Kompilationsprojekten ist inhärent, dass im Verlauf ihrer Anlage viel vom

ursprünglichen Material verloren geht, durch Auswahl, Informations- oder Platzmangel. Zudem gehen dann auch innerhalb einer Rezeptionslinie wieder Inhalte oder Ideen der ursprünglichen Anlage verloren. Dazu kommen Übersetzungen der Werke in die Volkssprachen, bei denen wiederum neu gewichtet wird und erneut Verluste produziert wurden, ohne dass mit diesen Prozessen unbedingt eine negative Wahrnehmung verbunden sein muss. Es wird gefragt, was jeweils verloren ging (inhaltlich wie formal), welche Umstände und Entscheidungsprozesse zu den Verlusten geführt haben könnten, ob es eine Reflexion über die Verluste gibt und inwieweit die Verluste das entstandene neue überhaupt erst ermöglicht haben. Ähnlich wie bei der Ebstorfer Weltkarte werden auch die Verluste in den Blick genommen, die im modernen Umgang mit den Kompendien mittelalterlichen Wissens während der wissenschaftlichen Beschäftigung mit ihnen seit dem 19. Jahrhundert entstanden sind und weiter entstehen.

Im *Liber Floridus* des Lambert von Saint Omer (Gent, Universitätsbibliothek Ms. 93, Autograph) sind die o. g. Aspekte gut zu beobachten: Erstens gibt es deutliche materielle Verluste, die über das zeitgenössische Inhaltsverzeichnis und Abschriften des 12./13. Jahrhunderts zu rekonstruieren sind sowie interessante Rezeptions- und Rekonstruktionsprozesse im Umgang mit ihnen sichtbar werden lassen. Und zweitens setzt sich Lambert im Prolog explizit mit verloren gegangenem Wissen auseinander und verfolgt in seinem Werk verschiedene Strategien, Verlust zu verhindern bzw. zu markieren.

Dr. Sebastian Weil (Kassel)

Prekärer Status? Kleine Reichsstädte im Spätmittelalter

Dieser Vortrag widmete sich dem Ordnungsbegriff „Reichsstadt“ aus der Perspektive kleiner Reichsstädte. Am Beispiel der kleinen Reichsstädte Offenburg, Gengenbach, Zell am Harmersbach und Bopfingen wurde diskutiert, wie Städte im späten Mittelalter zu Reichsstädten wurden und welche Bemühungen sie unternahmen, um diesen Status zu behalten. Zum anderen dienten die Fallbeispiele dazu, den Forschungsbegriff zu problematisieren, der vor allem mit Blick auf die großen Reichsstädte ausgeformt wurde. Die kleinen Reichsstädte gelten der Forschung als „Inseln“ in den entstehenden Territorien ohne eigene Handlungsmacht. Ursachen für diese Vernachlässigung sind eine häufig unzureichende Quellenerschließung, ein Desinteresse der Forschung des 20. Jahrhunderts an kleinen politischen Einheiten sowie das Nachwirken von romantisierenden oder abwertenden Deutungsmustern im Blick auf die Kleinstadt seit dem 19. Jahrhundert. Forderungen nach einer Entromantisierung, Entdemokratisierung und prozesshaften Betrachtung des Reichsstadtstatus, wie sie Moraw formulierte, wurden bislang kaum umgesetzt.

Der Blick auf die Ortenauer Städte Offenburg, Gengenbach, Zell am Harmersbach zeigt, wie schwierig es sein kann, zu entscheiden ob und wann eine Stadt als Reichsstadt bezeichnet werden kann. Offenburg ist bereits im 13. Jahrhundert als Reichsstadt nachweisbar. Gengenbach und Zell hingegen waren Stadtgründungen des Klosters Gengenbach. Ihre Reichsunmittelbarkeit entwickelte sich schrittweise im Zuge von

Emanzipationsbemühungen der Gemeinden gegen den Abt als Stadtherren und in Bezugnahme auf König und Landvogtei. Die Reichsstadtwerdung war ein Aushandlungsprozess, getragen von kommunalen Interessen, die im Kaiser und den Institutionen des Reiches eine Möglichkeit sahen, sich vom Stadtherren zu lösen. Die Reichsstädte der Ortenau waren seit 1332 durchgängig verpfändet, zumeist an Straßburg und die Pfalzgrafen. Dieser Zustand beschränkte zwar die städtische Autonomie, aber der formale Reichsstadtstatus blieb unangetastet.

Bopfingen befand sich im 15. Jahrhundert in finanzieller Not und drohte daher „in fremde Hände“ zu geraten. Der Rat wandte sich zunächst an Kaiser Friedrich III. und schließlich an die schwäbisch-fränkischen Reichsstädte um Unterstützung: Man einigte sich darauf, der Stadt ein Darlehen auszuzahlen, denn allen Beteiligten war es ein Anliegen, die kleine Stadt „beim Reich zu behalten“. Woraus der Mehrwert am Erhalt von derart kleinen Reichsstädten für Kaiser und Reich bestand, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Sicherlich spielten wirtschaftliche Gründe (Steuer, Kredite) eine Rolle, aber es kann auch plausibel gemacht werden, dass diese kleinen Reichsstädte einen kommunikativen Anlaufpunkt innerhalb bereits geschlossener fürstlicher Territorien darstellten.

So zeigte der Vortrag, dass der Reichsstadtstatus kein statischer Zustand war, sondern ein fortlaufender politischer und sozialer Prozess, geprägt durch Aushandlungen zwischen Stadt, Stadtherr und Reich. Dabei spielten lokale Konflikte, Bemühungen um kommunale Selbstbehauptung und die situative Nutzung reichsrechtlicher Ressourcen eine zentrale Rolle. Der Blick auf die kleinen unter den Reichsstädten kann so dazu beitragen, den Forschungsbegriff „Reichsstadt“ weiter zu schärfen.